

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Wie verlaufen die Reisen von Migranten ohne Aussicht auf legalen Aufenthalt in Europa? Und wie gehen die Behörden mit diesen um? Eine Sozialwissenschaftlerin und ein Sozialwissenschaftler begeben sich mitten ins umstrittene Geschehen, um neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Von Susanne Wenger

«Lost in Translation» – so hiess 2004 ein erfolgreicher Kinofilm der Regisseurin Sophia Coppola. Er beschrieb, wie eine Frau und ein Mann in einem Hotel warteten, losgelöst vom Alltag, ohne festen Halt, in einem Transit. Darauf spielt die Sozialwissenschaftlerin Anna Wyss an, wenn sie ihr Forschungsprojekt über die Reisen gewisser Migranten «Lost in Transit» nennt. Schon als Nachtwache in einem Durchgangszentrum während des Studiums war ihr aufgefallen, dass manche Asylbewerber mehr als einmal dort landeten. Nun macht sie diese Gruppe zum Thema ihrer Dissertation am Institut für Soziologie: Menschen, die asyl- und ausländerrechtlich kaum Chancen auf einen legalen Aufenthalt in einem europäischen Land haben, aber trotzdem dableiben.

Wyss formuliert den Arbeitstitel ihrer Dissertation als Frage: «Lost in Transit?» Denn das Spannende sei, wie diese meist jungen Migrantinnen und Migranten es trotz abschlägiger Bescheide von Behörden immer wieder neu versuchten, in der Schweiz oder in einem anderen europäischen Land Fuss zu fassen: «Obwohl sie wenig Aussicht auf einen regulären Aufenthaltsstatus in Europa haben, entscheiden sie für sich selber, vorerst nicht ins Herkunftsland zurückzukehren, weil sie dort keine Zukunft für sich sehen.» Da bilde sich ein neues Migrationsmuster heraus: die Transitmigration.

Jahrelanges Transitleben

Die Betroffenen sind teils lange unterwegs, inklusive der oft strapaziösen, risikoreichen Flucht. Wyss traf einen Mann, der schon seit 14 Jahren herumreist. Auf ihrer Odyssee durch Europa wechseln die Migranten

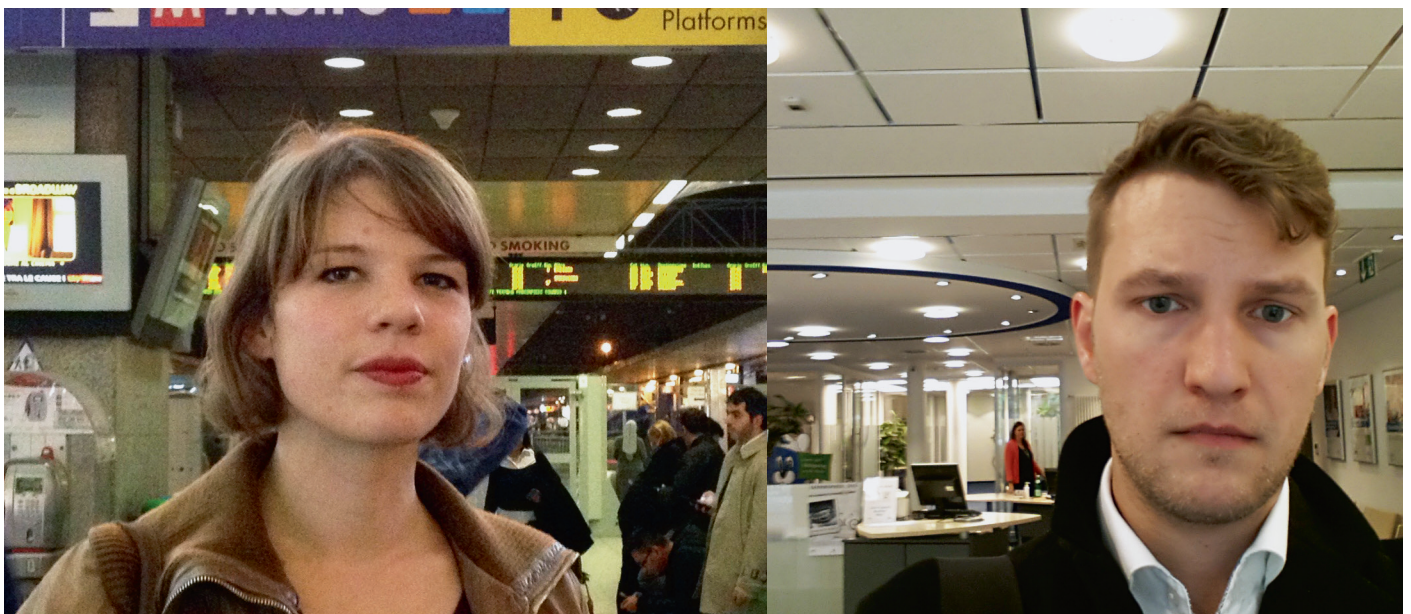
oft mehrfach den Status, gemeinsamer Nenner sind «Phasen der Irregularität», wie die Wissenschaftlerin es formuliert. Gemäss dem europäischen Dublin-Abkommen, dem sich auch die Schweiz angeschlossen hat, ist jeweils nur ein Land für ein Asylgesuch zuständig, meist das Einreiseland. Viele versuchen trotzdem, sich von Griechenland, Italien oder dem Balkan nach Norden durchzuschlagen. Oder sie entziehen sich nach abgelehntem Asylgesuch der Wegweisung, um doch noch irgendwo irgendwie zu einem Aufenthalt zu kommen. Einige finden als Sans-Papiers – also ohne gültige Papiere – Arbeit.

Die Forscherin löst sich bewusst von den Kategorien der Migrationsbürokratie. Ihr Interesse gilt den Individuen, deren Zielen, Strategien, Erfahrungen – und den Konsequenzen eines Migrationsregimes, das vielen Menschen einen legalen Aufenthalt in Europa praktisch verunmöglicht. Dabei geht sie ganz nahe ran. Mit der Methode der Ethnografie versucht Wyss, das zu Erforschende möglichst ganzheitlich zu erfassen. Die Ethnografie ist eine Form der Sozialforschung, bei der die Forschenden am Leben der Untersuchten teilnehmen und deren Kontext aus der Innenperspektive kennenlernen. So besuchte Wyss ein Jahr lang regelmässig ein Bundeszentrum für Asylsuchende in der Schweiz. Sie hielt sich bis zu vier Tage pro Woche dort auf und klinkte sich als teilnehmende Beobachterin in den Zentrumsalltag ein. 20 Personen – bis auf eine Frau alles Männer – befragte sie in narrativ-biografischen Interviews. Ihre Gesprächspartner stammen aus Nord- und Westafrika, aus Somalia, Afghanistan und dem Balkan. Für viele von ihnen heisst es: reisen, warten, reisen, warten.

Auf den Spuren der «Dublin-Fälle»

In den Geschichten dieser Migranten spiegle sich «eine grosse Ambivalenz», sagt Wyss. Einerseits gelinge es ihnen, trotz behördlicher Kontrollen mobil zu bleiben und sich eine gewisse Handlungsfähigkeit zu bewahren: «Es gibt auch für Menschen mit wenig Chancen auf Asyl immer wieder Lücken und Möglichkeiten, mindestens eine Zeitlang an einem Ort zu verweilen.» Dies erfordere von ihnen extreme Flexibilität. Andererseits erlebten sie Phasen tiefer Macht- und Hoffnungslosigkeit. Das jahrelange Transitleben, der schutzlose Zustand in der Irregularität und die Entwurzelung prägte sie: «Viele haben kein Daheim mehr.» Auch im Herkunftsland kämen ihnen die sozialen Netzwerke durch die lange Abwesenheit allmählich abhanden, was eine Rückkehr zusätzlich erschwere.

Die Forscherin versucht, mit den befragten Migranten in Kontakt zu bleiben, um deren Wege nachzuvollziehen. Sie kommuniziert über Facebook und Telefon und reist ihnen auch nach. Derzeit hält sie sich in Italien auf, wohin die Schweiz die meisten Migranten als Dublin-Fälle zurückschickt. Sie will sehen, wie die Leute dort – oft in prekären Verhältnissen – leben. Wyss plant, auch noch nach Deutschland und Österreich zu fahren. Zu ihrer Forschung gehört die Frage, wie die Migranten den Behörden gegenüber treten, mit denen sie es immer wieder zu tun haben. Die Perspektive dieser Behörden wiederum untersucht im zweiten Teilprojekt Tobias Eule, Assistenzprofessor am Institut für öffentliches Recht. Zusammen mit einer Doktorandin beobachtet er regionale Migrationsbehörden und Polizisten im Umgang mit dieser Migrantengruppe.



Unterwegs zur Erforschung der Migration: Anna Wyss am Bahnhof Roma Termini und Tobias Eule bei einer Migrationsbehörde in Deutschland (Selfie).
© Abb. li: Anna Wyss, Abb. re: Tobias Eule

Vertrackte Situationen

Eule kann auf den Ergebnissen seiner Dissertation aufbauen, in der er bereits vier deutsche Migrationsämter bei der Arbeit begleitete. Diesen Sommer kam eine fünfte Behörde in Deutschland dazu. Geplant ist, zusätzlich Migrations- und Polizeibehörden in der Schweiz, Italien und Schweden einzubeziehen – entlang einer der klassischen Süd-Nord-Fluchtrouten im Schengen-Raum also. Wie Wyss betreibt Eule Feldforschung und begibt sich direkt vor Ort ins Geschehen hinein – in Büros, Sitzungszimmer, Befragungsräume. Auch ihn interessiert die Handlungsfähigkeit seiner Akteure. Er will wissen, wie die Angestellten in den Migrationsbehörden und der Polizei, am untersten Ende der politischen Hierarchie, den rechtlichen Auftrag umsetzen. Was ihre Mittel, Vorgehensweisen und Überlegungen sind.

Speziell im Umgang mit Migranten mit ungeklärtem Status zeigen sich laut Eule Unterschiede zwischen den einzelnen Behörden: «Sie bearbeiten ähnliche Fälle und gehen – bei gleichem Rechtsauftrag – dennoch unterschiedlich vor und kommen zu anderen Ergebnissen.» Dies zeige sich am Beispiel der Rückführungen. Widersetzen sich Migranten der Wegweisung, können die Behörden sie zurückschaffen, auch unter Anwendung von Zwangsmassnahmen. Doch die Rückführungsstatistiken fallen je nach deutschem Bundesland anders aus. Was rechtlich klar töne – ein Migrant ist ausreisepflichtig –, erweise sich in der Praxis eben oft als vertrackt, weiss Eule. Etwa, wenn nicht eruiert werden könne, woher jemand wirklich komme. Oder wenn widersprüchliche Arztzeugnisse vorlägen: «Die Frage, wie es weitergehen

soll, stellt sich den Beamten oft genauso wie den Migranten.»

«Böse» Migranten, «böse» Behörden?

Auf das nicht einfache Zusammenspiel dieser Kräfte richten die Wissenschaftler besonderes Augenmerk, weil es bisher kaum erforscht ist. Zwischen Beamten und Migranten entstehe ein «dynamisches Miteinander», stellt Eule fest. Beide seien gleichermaßen in das Katz- und Mausspiel verstrickt und müssten damit zurechtkommen. Er erlebt die Behördenmitarbeitenden als routiniert, viele nähmen es sportlich: «Einerseits begreifen sie sehr gut, dass es oft eine Sisyphusarbeit ist, die sie erledigen, andererseits lautet nun einmal ihr Auftrag, die irreguläre Migration zu unterbinden, und deshalb versuchen sie es auch immer wieder.» Die Situation sei komplex, betont Eule. Die öffentliche Kritik, ob von links oder rechts, greife oft zu kurz: «Es gibt genauso wenig einfache die «bösen» Behörden, wie es die «bösen» Migranten gibt.»

Die Sozialwissenschaftler begegnen bei ihrer Arbeit ähnlichen Herausforderungen. So müssen beide das Vertrauen ihrer Akteure gewinnen. Und beide erleben, dass aktuelle Entwicklungen wie das Anwachsen des Flüchtlingsstroms nach Europa diesen Sommer Bewegung in ihr Thema bringen. Spätestens 2017 wollen sie die Ergebnisse aus ihren auch vom Nationalfonds unterstützten Teilprojekten zusammenführen. Ziel ist es, neue Erkenntnisse über die Steuerbarkeit der Migration zu gewinnen. In dieser Frage, einem Politikum erster Güte, zeigen sich laut den Forschenden grosse Widersprüche. Mit Schutzwällen an den

Grenzen und immer restriktiveren Asylgesetzen versuchten die Verantwortlichen in Europa, die Einwanderung in den Griff zu kriegen. Dies gleiche vielfach einer Symbolpolitik, wie Wyss sagt: «Faktisch ändert sich oft nur wenig.» Die Migration finde trotzdem statt, und die Flüchtlinge würden nur noch mehr in die Illegalität gedrängt – wo sie aber doch immer wieder Mittel und Wege fänden, sich relativ frei zu bewegen.

Es werde interessant sein, die Gründe dafür zu kennen, sagt Eule. Er verweist auf Studien aus den USA, wonach illegale Migration teils toleriert werde, weil die Zuwanderung von Arbeitskräften wirtschaftlichen Nutzen bringe. Die Wissenschaft könne Zusammenhänge aufzeigen, betonen die Forschenden, an der Politik sei es dann, Schlüsse daraus zu ziehen. Der starke Wille der Migrantinnen und Migranten, mindestens für eine gewisse Zeit in Europa ihr Glück zu versuchen, sei jedenfalls eine Tatsache, stellt Wyss fest: «Was sie immer wieder antreibt, ist die Hoffnung, aus dem irregulären Zustand doch noch hinauszutreten und ein ganz normales Leben zu führen. Zu arbeiten, eine Familie zu gründen.»

Kontakte: Prof. Dr. Tobias Eule, Institut für öffentliches Recht, tobias.eule@oefre.unibe.ch;
Anna Wyss, Institut für Soziologie, anna.wyss@soz.unibe.ch

Autorin: Susanne Wenger ist freie Journalistin BR in Bern, mail@susannewenger.ch